



**Erstantrag Teil A 2
(Verbundunternehmen)
auf Gewährung einer
„De-minimis“-Beihilfe
2021**

**Bundesamt für Güterverkehr
- Zuwendungsverfahren -**

nach der Richtlinie über die Förderung der Sicherheit und
der Umwelt in Unternehmen des Güterkraftverkehrs mit
schweren Nutzfahrzeugen des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur vom 15. Dezember 2015
in der Fassung der Ersten Änderung vom 12. Dezember 2016
(nachfolgend Richtlinie „De-minimis“)

Anträge sowie für die Bearbeitung erforderliche Anlagen und das Kontrollformular sind ausschließlich auf elektronischem Wege über das eService-Portal zu übermitteln.
Das Kontrollformular muss unterschrieben auf elektronischem Wege innerhalb von zwei Wochen nach Eingang des elektronischen Antrags beim Bundesamt für Güterverkehr als Bewilligungsbehörde eingehen.

Beachten Sie auch die Ausfüllhilfe zum Antrag im eService-Portal.

**Der Antrag muss bis zum 30. September 2021 beim
Bundesamt für Güterverkehr eingegangen sein.**

Gz.: 8521.3.

#XXX

(Bitte angeben, wenn bekannt)

1. Angaben zum/zur Antragsteller/in (Mutterunternehmen)

1.1 Antragsteller/in

a) Firmen- oder Unternehmensbezeichnung (lt. Handelsregister)	
Registergericht	
Registernummer	
<i>☞ weiter mit c)</i>	

b) Vorname Name (nicht im Handelsregister eingetragene Firmen/Unternehmen)	
<i>☞ weiter mit c)</i>	

c) Unternehmenshauptsitz (Straße, Hausnummer)	
Postleitzahl	
Ort	
Bundesland	
Branche/n	
<i>☞ weiter mit 1.2</i>	

1.2 Antragstellung

Die Übermittlung von Schreiben des Bundesamtes für Güterverkehr erfolgt ausschließlich durch das eService-Portal und somit an die Person, die über den Portalzugang verfügt. Geben Sie an, von wem der Antrag im eService-Portal eingestellt wird:

<input type="checkbox"/>	von dem/der Antragsteller/in selbst oder einer zu dem/der Antragsteller/in gehörigen Person.
<i>☞ weiter mit 1.3</i>	

oder

<input type="checkbox"/>	von dem/der nachfolgend unter Ziffer 1.4 zu benennenden Bevollmächtigten (unternehmensexterne Person), den/die der/die Antragsteller/in zur Abwicklung des durch diesen Antrag eingeleiteten Zuwendungsverfahrens bevollmächtigt hat.
<i>☞ weiter mit 1.4</i>	

1.3 Ansprechpartner/in (Antragsteller/in)

Anrede	<input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr
Nachname	
Vorname	
Telefon	
E-Mail	
<i>☞ weiter mit 1.5</i>	

1.4 Bevollmächtigung (einer unternehmensexternen Person)

Firmenname	
Anrede	<input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr
Nachname	
Vorname	
Anschrift (Straße, Hausnummer)	
Postleitzahl	
Ort	
Telefon	
E-Mail	
<i>☞ weiter mit 1.5</i>	

1.5 Bankverbindung (Antragsteller/in)

Kreditinstitut	
IBAN	
BIC	
Soweit ein antragstellendes Mutterunternehmen seinen Sitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland hat, sind die Bankdaten des bevollmächtigten Unternehmens des Verbundes gem. Ziffer 2 mit Sitz innerhalb der Bundesrepublik Deutschland einzutragen.	
☞ weiter mit 2.	

2. Antragsberechtigung gemäß Nummer 8.1.2 der Richtlinie „De-minimis“

Ich bin/Wir sind ein beherrschendes Unternehmen im Sinne von Nummer 3.3 der Richtlinie „De-minimis“ (Mutterunternehmen)

- mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland.
- mit Sitz **außerhalb** der Bundesrepublik Deutschland und bevollmächtige/n daher das nachfolgende in der Bundesrepublik Deutschland ansässige verbundene - zuwendungsberechtigte - Unternehmen, bei dem Maßnahmen durchgeführt werden sollen, mich/uns für die Abwicklung des Zuwendungsverfahrens zu vertreten.

Unternehmensbezeichnung	
Anschrift (Straße, Hausnummer)	
Postleitzahl	
Ort	

☞ weiter mit 3.

3. Angaben zu dem/den Unternehmen des Verbundes, bei dem/denen Maßnahmen durchgeführt werden sollen

Sämtliche Maßnahmen sollen

- a) ausschließlich bei dem/der Antragsteller/in selbst durchgeführt werden (Mutterunternehmen)
- b) bei dem/der Antragsteller/in selbst und bei dem /den ab Ziffer 4.1.1 bzw. in der Anlage 2 benannten Unternehmen des Verbundes umgesetzt werden
- c) ausschließlich bei dem/den ab Ziffer 4.1.1 bzw. in der Anlage 2 benannten Unternehmen des Verbundes umgesetzt werden.

☞ weiter mit 4.1

4. Angaben zur Zuwendungsberechtigung

Zuwendungsvoraussetzung ist, dass das/die Unternehmen des Verbundes, in dem/denen Maßnahmen durchgeführt werden sollen,

- entweder gewerblichen Güterkraftverkehr oder Werkverkehr betreibt/betreiben
und
- Halter oder Eigentümer von mindestens einem durch eine Fahrzeugaufstellung der Straßenverkehrsbehörde oder durch Kopie der Zulassungsbescheinigung Teil I (jeweils in elektronischer Kopie) nachgewiesenen mautpflichtigen schweren Nutzfahrzeug sind.

4.1 Nachweis über die Durchführung von Güterkraftverkehr i. S. v. § 1 Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG)

Antragsteller/in (Mutterunternehmen)		
Ich betreibe/Wir betreiben		
<input type="checkbox"/> gewerblichen Güterkraftverkehr	Erteilungsbehörde:	
Nummer der Lizenz bzw. Erlaubnisurkunde	unbefristet gültig	befristet gültig
	seit	von bis
und/oder		
<input type="checkbox"/> Werkverkehr	Angemeldet bei folgender Außenstelle des Bundesamtes für Güterverkehr	angemeldet
		am
<input type="checkbox"/> keinen gewerblichen Güterkraftverkehr/Werkverkehr.		
☞ bei Bedarf weiter mit 4.1.1 und ggf. 4.1.2, ansonsten mit 4.2		

4.1.1 Angaben zum Unternehmen des Verbundes, bei dem Maßnahmen durchgeführt werden sollen (Tochterunternehmen)

Firmen- oder Unternehmensbezeichnung (lt. Handelsregister)		Geschäftszeichen, sofern Antragsteller/in in den Vorjahren	
		Gz.: 8521.3. #XXX	
Anschrift (Straße, Hausnummer)	Postleitzahl	Ort	
Registergericht	Registernummer	Branche/n	
Das Unternehmen des Verbundes betreibt			
<input type="checkbox"/> gewerblichen Güterkraftverkehr	Erteilungsbehörde:		
Nummer der Lizenz bzw. Erlaubnisurkunde	unbefristet gültig	befristet gültig	
	seit	von bis	
und/oder			
<input type="checkbox"/> Werkverkehr	Angemeldet bei folgender Außenstelle des Bundesamtes für Güterverkehr	angemeldet	
		am	
☞ bei Bedarf weiter mit 4.1.2, ansonsten mit 4.2			

4.1.2 Angaben zum Unternehmen des Verbundes, bei dem Maßnahmen durchgeführt werden sollen

Firmen- oder Unternehmensbezeichnung (lt. Handelsregister)		Geschäftszeichen, sofern Antragsteller/in in den Vorjahren	
		Gz.: 8521.3.	#XXX
Anschrift (Straße, Hausnummer)	Postleitzahl	Ort	
Registergericht	Registernummer	Branche/n	
Das Unternehmen des Verbundes betreibt			
<input type="checkbox"/> gewerblichen Güterkraftverkehr	Erteilungsbehörde:		
Nummer der Lizenz bzw. Erlaubnisurkunde	unbefristet gültig	befristet gültig	
	seit	von	bis
und/oder			
<input type="checkbox"/> Werkverkehr	Angemeldet bei folgender Außenstelle des Bundesamtes für Güterverkehr	angemeldet	
		am	
Angaben zu mehr als zwei Unternehmen des Verbundes sind in Anlage 2 (Angaben zu weiteren Unternehmen des Verbundes) auszuweisen.			
☞ <i>weiter mit 4.2</i>			

4.2 Angaben zu den schweren Nutzfahrzeugen

<p>Fahrzeuganzahl Dem Antrag ist/sind</p> <p><input type="checkbox"/> für Fahrzeug/e jeweils eine Zulassungsbescheinigung Teil I</p> <p>und/oder</p> <p><input type="checkbox"/> für Fahrzeug/e eine Fahrzeugaufstellung, bestätigt durch die Straßenverkehrsbehörde, vorzugsweise unter Verwendung der Anlage 1 beigefügt.</p> <p>Halterschaft/Eigentümerschaft Ich bin/Wir sind (Mutter- und/oder Unternehmen des Verbundes) zum Stichtag 01. Dezember 2020</p> <p><input type="checkbox"/> Halter sämtlicher/einzelner der o. g. schweren Nutzfahrzeuge (mind. 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht und ausschließlich zum Güterkraftverkehr bestimmt) und/oder</p> <p><input type="checkbox"/> Eigentümer sämtlicher/einzelner der o. g. schweren Nutzfahrzeuge (mind. 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht und ausschließlich zum Güterkraftverkehr bestimmt). Daher ist dem Antrag zusätzlich jeweils ein Nachweis der Eigentümerschaft beigefügt. Als Nachweis des Eigentums des antragstellenden Unternehmens können bspw. beigefügt werden: Elektronische Kopie/n der Zulassungsbescheinigung/en Teil II (Fahrzeugbrief/e), eine aktuelle Aufstellung zum Anlagevermögen, Kaufvertragsurkunde/n oder vergleichbare geeignete Bestätigungen über die Eigentumsverhältnisse. Im Anlagevermögen aufgeführte gemietete, geleaste oder gepachtete Fahrzeuge sind nicht förderfähig.</p> <p>☞ <i>weiter mit 5.</i></p>

5. Angaben zum Zuwendungsbetrag

Der unternehmensbezogene Förderhöchstbetrag des Verbundes ermittelt sich aus dem Fördersatz in Höhe von 2.000 Euro multipliziert mit der Anzahl der förderfähigen schweren Nutzfahrzeuge bis zur Grenze des absoluten Förderhöchstbetrages in Höhe von 33.000 Euro. Fahrzeuge von Unternehmen des Verbundes, die die Zuwendungsvoraussetzungen nicht erfüllen und bei denen keine Maßnahmen durchgeführt werden, können bei der Ermittlung des unternehmensbezogenen Förderhöchstbetrags nicht berücksichtigt werden.

Die bewilligte Zuwendung kann innerhalb des Bewilligungszeitraums flexibel und nach Bedarf für Maßnahmen nach der Anlage zu Nummer 2 der Richtlinie „De-minimis“ eingesetzt werden.

Ich beantrage/Wir beantragen

eine Zuwendung in **voller Höhe** meines/unseres unternehmensbezogenen Förderhöchstbetrages

oder

eine Zuwendung **in Höhe von** Euro.

Ich behalte mir/Wir behalten uns die Beantragung weiterer Zuwendungen (bis zur Ausschöpfung des unternehmensbezogenen Förderhöchstbetrags) für spätere Folgeanträge vor.

Für Maßnahmen basierend auf Kauf/einmaligen Beratungsleistungen/Miete/Leasing/Beratungsleistungen aus längerfristigen Verträgen sowie weiteren förderfähigen längerfristigen Verträgen ist der Verwendungsnachweis grundsätzlich innerhalb von fünf Monaten nach Zugang des Zuwendungsbescheids dem Bundesamt für Güterverkehr vorzulegen.

Wird innerhalb dieser fünf Monate nach Zugang des Zuwendungsbescheids mit dem Formblatt längerfristige Verträge ein Zuwendungsbetrag für Maßnahmen basierend auf längerfristigen Verträgen (z. B. Miete, Leasing, längerfristige Beratungsverträge) angezeigt, welcher nach Ablauf der fünf Monate benötigt wird, ist der Verwendungsnachweis für diese Maßnahmen bis spätestens 28. Februar 2022 dem Bundesamt für Güterverkehr vorzulegen.

☞ weiter mit 6.

6. Erklärung zu gewährten/beantragten „De-minimis“-Beihilfen

6.1 Definitionen und Erläuterungen

Nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 darf der Gesamtbetrag der einem einzigen Unternehmen von einem Mitgliedstaat gewährten „De-minimis“-Beihilfen in einem Zeitraum von drei Steuerjahren 200.000 Euro (im gewerblichen Straßengüterverkehr bis zu 100.000 Euro) nicht übersteigen.

Um die Einhaltung dieser Schwellenwerte zu überprüfen, sind in der Erklärung unter Ziffer 6.2.1 alle - auch die durch das Bundesamt für Güterverkehr bewilligten - „De-minimis“-Beihilfen anzugeben, die Ihrem Unternehmen - Mutterunternehmen und Unternehmen des Verbundes - für die Steuerjahre 2019 bis 2021 bewilligt wurden.

Zudem sind unter Ziffer 6.2.2 alle - auch die beim Bundesamt für Güterverkehr - durch Ihr Unternehmen - Mutterunternehmen und Unternehmen des Verbundes - beantragten „De-minimis“-Beihilfen für die Steuerjahre 2019 bis 2021 zu erfassen, die noch nicht bewilligt wurden.

Verbundene Unternehmen (und daher „ein einziges Unternehmen“ im Sinne der „De-minimis“-Verordnung) sind für die Zwecke von „De-minimis“-Beihilfen alle Unternehmen, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberufen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,

7. Erklärungen

7.1 Erklärung zur Finanzierung (keine Doppelförderung)

Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir bzw. das/die Unternehmen des Verbundes, für die beabsichtigte/n Maßnahme/n keine weiteren öffentlichen Mittel, z. B. aus Förderprogrammen des Bundes, der Länder oder sonstiger Gebietskörperschaften, beantragt habe/n, beantragen werde/n oder erhalten habe/n (keine Kofinanzierung/ keine Doppelförderung).

7.2 Erklärung zum Vorhabenbeginn

Ich versichere/Wir versichern, dass ich/wir bzw. das/die Unternehmen des Verbundes mit der/den Fördermaßnahme/n vor Antragsstellung noch nicht begonnen, d. h. noch keinen der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrag abgeschlossen habe/n. Der Beginn des Vorhabens vor Bewilligung der Zuwendung geschieht auf mein/unser eigenes Finanzrisiko.

7.3 Weitere Erklärungen

Ich/Wir erkläre/n,

- die Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf „De-minimis“-Beihilfen zur Kenntnis genommen zu haben und für verbindlich anzuerkennen;
- die Richtlinie über die Förderung der Sicherheit und Umwelt in Unternehmen des Güterkraftverkehrs mit schweren Nutzfahrzeugen vom 15. Dezember 2015 in der Fassung der Ersten Änderung vom 12. Dezember 2016 („De-minimis“) zur Kenntnis genommen zu haben und als verbindlich anzuerkennen;
- die Hinweise und Informationen auf der Internetseite des Bundesamtes für Güterverkehr zur Kenntnis genommen zu haben;
- dass die hier beantragte Zuwendung nicht für eine/n ausgeschlossene/n Branche/Wirtschaftszweig wie z. B. Fischerei, Aquakultur, Agrar- und Primärerzeugung (vgl. Artikel 1 Abs. 1 a) - e) der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013) verwendet wird;
- die Zahlung nicht eingestellt zu haben und dass über mein/unser Vermögen bzw. über das Vermögen des/der Unternehmen/s des Verbundes kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet ist bzw. keine Vermögensauskunft nach § 802 c Zivilprozessordnung (ZPO) oder § 284 Abgabenordnung (AO) abgegeben wurde bzw. keine Verpflichtung zu deren Abgabe besteht;
- dass am antragstellenden Unternehmen bzw. an dem/den Unternehmen des Verbundes keine juristische/n Person/en des öffentlichen Rechts einzeln oder zusammen mehrheitlich beteiligt ist/sind;
- die beantragte oder bewilligte Zuwendung nicht abzutreten;
- damit einverstanden zu sein, dass das Bundesamt für Güterverkehr die Zuwendungsberechtigung durch Einsicht in die Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen sowie unmittelbar durch örtliche Erhebungen bei dem Antragsteller/der Antragstellerin sowie den Unternehmen des Verbundes prüft;
- das antragstellende Unternehmen ist zum Stichtag 01.12.2020 Halter oder Eigentümer von mindestens einem durch eine Fahrzeugaufstellung der Straßenverkehrsbehörde oder durch Kopie der Zulassungsbescheinigung Teil I (jeweils in Kopie) nachgewiesenen mautpflichtigen schweren Nutzfahrzeug;
- dass mir/uns bekannt ist, dass jedes schwere Nutzfahrzeug (unabhängig vom/von der Antragsteller/in bzw. dem Unternehmen des Verbundes) insgesamt nur einmal in der Förderperiode „De-minimis“ 2021 berücksichtigt werden kann;
- alle Angaben im Antrag und den zugehörigen Anlagen nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben (und sie ggf. durch Geschäftsunterlagen belegen zu können) und dass diese richtig und vollständig sind und ich/wir Änderungen, insbesondere solche, die sich auf die Berechnung oder Auszahlung der Zuwendung auswirken könnten, unverzüglich mitteile/n;
- dass mir/uns bekannt ist, dass der Antrag nur vollständig ist, sofern das Kontrollformular unterschrieben ist und alle benötigten Anlagen beigelegt sind;
- dass mir/uns bekannt ist, dass Abbiegeassistenzsysteme im Förderprogramm „De-minimis“ ausschließlich dann förderfähig sind, wenn diese mindestens eine der Voraussetzungen erfüllen, wie sie unter Nr. 1 in der Anlage 6 des Verwendungsnachweises „De-minimis“ genannt sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass

- zu Unrecht - insbesondere aufgrund unzutreffender Angaben oder wegen Nichtbeachtung der geltenden Richtlinien und Bestimmungen des Zuwendungsbescheids - erhaltene Zuwendungen nach den für Zuwendungen des Bundes geltenden Bestimmungen zurück zu zahlen sind;
- insbesondere folgende Angaben substantiellere Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und ein Subventionsbetrug strafbar ist:
 - Firmen- oder Unternehmensbezeichnung sowie Registernummer und Branche/n,
 - Angaben zur Antragsberechtigung,

- Angaben zum Unternehmen des Verbundes, bei dem die Maßnahme/n durchgeführt werden soll/en (Firmen- oder Unternehmensbezeichnung sowie Registernummer und Branche/n des/der Unternehmen/s des Verbundes),
- Nachweis zur Durchführung von Güterkraftverkehr im Sinne von § 1 Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) zum Zeitpunkt der Antragstellung,
- Nachweis der Halter- bzw. Eigentümerschaft von schweren Nutzfahrzeugen (Kennzeichen, eingetragener Halter, Fahrzeugart, zulässiges Gesamtgewicht, Angaben zum Stichtag),
- Erklärung zu den gewährten und beantragten „De-minimis“-Beihilfen,
- Erklärung zur Finanzierung (keine Doppelförderung),
- Erklärung zum Vorhabenbeginn,
- Erklärung, dass über das Vermögen kein Insolvenzverfahren beantragt/eröffnet wurde,
- Erklärung, dass keine Beteiligung (einer) juristischen Person/en des öffentlichen Rechts vorliegt,
- Erklärung zur Verwendung der Zuwendung ausschließlich für den Güterkraftverkehr.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einem Zuschuss [§ 4 Subventionsgesetz (SubvG)]. Nach § 3 SubvG trifft den Subventionsnehmer eine sich auf alle subventionserheblichen Tatsachen erstreckende Offenbarungspflicht.

7.4 Einwilligung in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten

Die in diesem Antrag einschließlich der jeweiligen Anlagen enthaltenen Daten verarbeitet das Bundesamt für Güterverkehr durch die hierfür zuständigen Beschäftigten nur für die Durchführung Ihres Antragsverfahrens und zur Erstellung anonymisierter Statistiken.

Die Bearbeitung und die Entscheidung über Ihren Antrag erfolgt nicht ausschließlich automatisiert nach Maßgabe der hierfür geltenden Rechtsvorschriften (§ 14a, § 15 Absatz 4 Nr. 5 und § 15a Absatz 4 Nr. 4 Güterkraftverkehrsgesetz, der dort genannten EU-Bestimmungen und der Förderrichtlinie).

Ihre Daten werden gelöscht, sobald die maßgeblichen haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind (hier: 10 Jahre nach Abschluss des Zuwendungsverfahrens).

Mit Ihrer Unterschrift auf dem Kontrollformular zu diesem Antrag willigen Sie ein, dass das Bundesamt für Güterverkehr Ihre darin enthaltenen personenbezogenen Daten verarbeitet, soweit dies für die Durchführung des Antragsverfahrens einschließlich Rechnungsprüfung erforderlich ist.

Sie können die Einwilligung für die Zukunft gegenüber der verantwortlichen Stelle widerrufen. In diesem Fall ist dem Bundesamt für Güterverkehr allerdings eine Weiterbearbeitung Ihres Antrags nicht mehr möglich.

Bei Fragen speziell zum Datenschutz einschließlich Ihrer Rechte als betroffene Person können Sie über folgende E-Mail-Adresse Kontakt mit uns aufnehmen: datenschutz@bag.bund.de. Detaillierte Informationen hierzu finden Sie auch auf der Internetseite des Bundesamtes für Güterverkehr www.bag.bund.de.

☞ *weiter mit 8.*

8. Unterschrift

Die Unterschrift für diesen Antrag ist auf dem Kontrollformular (Pflichtanlage) zu leisten, das im eService-Portal zum Download zur Verfügung steht.

Das unterschriebene und mit Firmenstempel versehene Kontrollformular ist über das eService-Portal an die Bewilligungsbehörde zu übermitteln.

Nur mit Unterschrift auf dem Kontrollformular ist Ihr Antrag rechtsverbindlich gestellt.